



Die „schwarze Null“ ist am Ende

Schuldenbremse und Innere Sicherheit driften immer weiter auseinander

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kaum ein Tag vergeht, an dem ich nicht aus dem Kollegenkreis auf die desolate Lage bei der hessischen Polizei angesprochen werde. In den letzten Wochen kommen vermehrt Beschwerden über die Zunahme der polizeilichen Arbeit rund um die Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen (HEAE) hinzu. Dabei geht es nicht nur um die Begleitkriminalität rund um die Einrichtungen, sondern vermehrt auch über die täglichen/nächtlichen Einsätze vor und in den Unterkünften und um die personal- und zeitintensiven Massenabschiebungen. Kaum eine Nacht vergeht, in der es nicht zu Schlägereien, Bedrohungen, Beleidigungen, Diebstählen und sonstigen Straftaten kommt.

Nicht selten sind gerade bei Schlägereien ein großes Gewaltpotenzial und eine aggressive Stimmung zu beobachten. Dabei spielt die Eigensicherung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen eine immer größere Rolle. Auch die beschämenden Aktionen von Freital und Heidenau durch den rechten Mob müssen ernst genommen werden. Diese Strömungen könnten nicht nur im Osten Signalwirkung entfalten und die Polizei zusätzlich enorm fordern. Dies ist umso besorgniserregender, weil wir beobachten müssen, dass der Staat bei der Unterbringung und Bearbeitung der Asylsuchenden an seine Grenzen stößt. Die Menschen im Land sind verunsichert, weil es offensichtlich an einem Gesamtkonzept fehlt. Sie nehmen immer mehr wahr, dass gerade die Polizei von einem Loch vor das andere geschoben wird. Sie erkennen mittlerweile ein Defizit an Sicherheit für sich, artikulieren dies und erwarten Antworten von der Politik. Eine heikle Situation, die jeden Tag mehr an Bedeutung und Brisanz gewinnt.

Die Polizei steht vor enormen Herausforderungen. Der Staat und die Bürgerinnen und Bürger brauchen eine rechtsstaatliche Polizei, die den Herausforderungen des 21. Jahrhun-

derts gewachsen ist. Der islamistische Terrorismus und die geopolitische Lage werden sich mittel- und langfristig nicht zurückentwickeln. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Gefälles zwischen Reich und Arm – zwischen Nord und Süd, die politisch instabilen Lagen in vielen Ländern Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens und die unsägliche Not und Gefahr der Menschen dort, haben längst Europa, Deutschland und damit unseren Alltag erreicht. Eine Polizei, für die nicht zukunftsfähig materiell und personell vorgesorgt wird, läuft Gefahr, ihren herausragenden Status einer rechtsstaatlichen, demokratischen und zivilen Bürgerpolizei zu verlieren.

Aber auch die Herausforderungen der Internetkriminalität mit all ihren Facetten, von denen wir heute noch gar nicht genau wissen, wie sie sich künftig entwickeln, müssen schon heute politisch verantwortlich angenommen und auf den Weg gebracht werden. In den Bereichen CyberHome, Always-on und Industrie 4.0 spüren wir schon jetzt, was da alles auf die Polizei zukommt.

Der gesamte Cyberbereich mit all seinen Möglichkeiten entwickelt sich mehr und mehr zu einem eigenständigen virtuellen und anonymen Tatort. Dabei ist zu beobachten, dass der virtuelle Teil mit dem Realen immer mehr zusammenwächst. Hier werden sich völlig neue Kriminalitätsphänomene auftun. Man muss kein Prophet sein um zu begreifen, dass der Schutz der Bürger vor den Gefahren des Internets künftig eine der herausragenden Aufgaben der Polizei sein wird.

Wir haben schon vor Jahren auf diese Entwicklung hingewiesen und gefordert, rechtzeitig vorzusorgen und zusätzliches Personal einzustellen. Stattdessen wurde aber beharrlich mit starrem Blick auf die schwarze Null eine unsägliche „Rechte Tasche/Linke Tasche“-Politik betrieben.

Nun sind wir aber an einem Punkt angekommen, wo gehandelt werden



Andreas Grün im Interview mit Sat.1

muss. Dies muss auch die Landesregierung begreifen, da sie die Ereignisse schnell einholen werden und sie dann nicht mehr in der Lage ist, planvoll gegenzusteuern. (Neueinstellungen benötigen drei Jahre Vorlaufzeit, bis sie fertig ausgebildet sind und eingesetzt werden können)

Die Überlastung hat einen Namen: 3,5 Millionen Überstunden! Tendenz steigend. Wer übernimmt eigentlich die Verantwortung für dieses Desaster? Es wird weder Geld bereitgestellt, um einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, noch ist annähernd genügend Personal vorhanden, um diesen Berg in Freizeit auszugleichen. Also, Augen zu und durch in Richtung vier, fünf oder sechs Millionen Überstunden? Man könnte fast glauben, dass hier allen Ernstes mit dem Gedanken gespielt wird auszuloten, bei welcher Belastung die Sollbruchstellen der intrinsischen Motivation bersten.

Nach wie vor wird reflexartig zu „Hauruckmaßnahmen“ gegriffen. Ein schlüssiges Konzept wie der massiv angestiegenen und weiter steigenden Arbeitsbelastung entgegen gewirkt werden kann, ist nicht in Sichtweite. Offensichtlich verblendet die schwarz-grüne Koalitions-Sonnenbrille noch immer den klaren Blick auf die Realität.

„Herr Minister Beuth, ziehen sie endlich die Reißleine und beenden

Fortsetzung auf Seite 2



VORWORT

Fortsetzung von Seite 1

sie als erstes die Streichung von 147,5 Verwaltungs- und Tarifstellen. Wir brauchen jeden Mann und jede Frau! Kein Mensch versteht, wie sie in Zeiten wie diesen händeringend nach Personal suchen und sogar bereits pensionierte Kolleginnen und Kollegen reaktivieren und gleichzeitig im großen Stil an Stellenstreichungen festhalten.“ Wer die Notlage der hessischen Polizei nicht wahrha-

ben will, wer der Wertschätzung unserer immer schwieriger werdenden Arbeit und der faktischen Überlastung im Dienst lediglich mit dem Argument der schwarzen Null begegnet, der muss wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser Frage eine völlig andere Meinung haben.

Im August wurde über die Deutsche Presseagentur eine Emnid-Befragung verbreitet, nach der sich 54% der Bürgerinnen und Bürger nicht

ausreichend vor Kriminalität geschützt fühlen. 69% der Befragten fordern, dass die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit erhöht wird.

Was in Hessen momentan geschieht – oder besser nicht geschieht, hat mit den Ansprüchen einer professionellen Polizei und dem, was die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Polizei erwarten, nicht mehr viel zu tun.

Andreas Grün,
Landesvorsitzender GdP Hessen

LESERBRIEFE

Zur Reaktivierung von Pensionären für Tätigkeiten in Asylbewerberheimen

Hallo,
liebe „ehemalige“ Kolleginnen und Kollegen,

wie ihr wisst, bin ich in Pension und hab gar keine Zeit, aber nach diesem Brief bin ich für ein paar Verse gerne bereit Habe nämlich von der Abteilung V persönliche Post bekommen und mir zum Lesen des Schreibens doch Zeit genommen.

Im Präsidium wurden angewiesen die Mitarbeiter von V 3, weil zusätzliches Personal muss sofort herbei zu schreiben einen Brief an die Ruheständler alle wobei der Inhalt soll allen Empfängern gefalle.

Dem Leser die Aufgaben richtig schmackhaft mache, sich zu engagieren für die „unbestritten“ wichtige Sache. Bei Interesse sich auch gleich jeder melden sollte und die Arbeitsstunde mit bis zu 25 € man wird besolde. Ich glaube ich träume, ich falle fast vom Hocker bin „nicht erst jetzt“ überzeugt in Wiesbaden sitzen ein paar Schrauben locker.

Die steigende Anzahl von Asylbewerbern – in Massen haben die Landesregierung tatsächlich einmal nachdenken lassen.

Sie haben mit großem Erstaunen festgestellt zur Erfassung und Verwaltung der Flüchtlinge aus aller Welt fehlt an allen Ecken und Enden das notwendige Personal und zur Problemlösung haben sie halt keine andere Wahl. Pensionäre sollen nun helfen dem Lande Hessen Hallo, Wiesbaden ... das könnt ihr mal glatt vergessen. Vergessen hat wohl die die schwarz-grüne Landesgruppe, dass sie sich selbst gekocht die brodelnde Suppe.

Personal wurde über Jahre zielstrebig abgebaut mit zusätzlichen Aufgaben die Motivation gegen Null geschraubt

42-Stunden-Woche und vieles mehr Erhöhungen der Nachzuschläge finden kein Gehör. Demonstrierende Polizeibeamte wurden als Krawallmacher beschimpft

neue Regierungmitglieder werden umfassend geimpft „Versprochene“ Nullrunde wird in Zement gemauert der Minister es aber scheinheilig bedauert, dass Beamte leider sind nichts „Mehr“ Wert auch in der Personalpolitik läuft in Hessen einiges verkehrt.

Herzliche Grüße aus dem Ruhestand der „Ur-alte“ PR-Vorsitzende Rudi Ott



2008 noch ein provokanter Titel, bald Realität?



LESERBRIEFE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
so misslich die Lage und Situation der Flüchtlinge auch ist, sehe ich es aber als eine Frechheit an, dass man jetzt Pensionäre anheuern will. Ich brauche keinen Nebenjob. Oder erkennt hierin unser Ministerpräsident, dass er die Polizei doch schlecht besoldet und deshalb zusätzliche Almosen hier anbietet. Hätte die Landesregierung rechtzeitig, wie von der GdP gefordert, genügend Stellen, bei guter Bezahlung geschaffen, dann hätte sie diese Probleme nicht.

**Mir kollegialem Gruß
Heinz Siemon**

Sehr geehrte Damen und Herren,
netter Versuch der Politik, sich an die Pensionäre der Polizei zu erinnern und sie für eine völlig aus dem Ruder gelaufene Flüchtlingspolitik zu missbrauchen. Ich habe ein gutes Gedächtnis, wie die Politik (Schwarz-Grün in Hessen) die Organisation der Polizei an die Wand fährt. Mit Sonntagsreden werden die Leistungen der Polizei gewürdigt, aber der finanzielle Anreiz bzw. die Bezahlung wurde in den letzten Jahren immer schlechter. Ich will hier nicht die ganzen Kürzungen und Verschlechterungen aufzählen, aber diese ganzen Maßnahmen haben nicht dazu geführt, dass der Landeshaushalt saniert wurde, wie uns vor dem Hintergrund der Schuldenbremse immer vorgebetet wird. Im Jahr 2000 betrug die Schulden des Landes Hessen ca. 20 Milliarden Euro, bis zum Jahr 2015 haben sie sich verdoppelt auf ca. 40 Milliarden Euro. Eigentlich ist das Land Hessen pleite, wenn man reale Bilanzierungsregeln anwenden würde. Vielleicht haben sich die Politiker auch daran erinnert, dass die Ruhegehälter der Polizei sich so verschlechtert haben, dass doch einige Pensionäre dazuverdienen müssen, um über die Run-

den zu kommen. Gott sei Dank ist das bei mir nicht so, ich komme mit meinem Ruhegehalt aus und muss nicht dazuverdienen. Außerdem sind 25 Euro Brutto und keine Fahrtkostenerstattung eine jämmerliche Bezahlung, trotz der humanitären Flüchtlingskatastrophe als Aufgabe für die gesamte Bevölkerung.

**Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Fahrenbach**

Polizisten im Ruhestand sollen als Helfer für die Aufnahmelager für Flüchtlinge gewonnen werden. Hierzu fällt mir eine kleine Geschichte ein:

Ich saß am Radio und hörte Nachrichten. Mein kleiner Enkel kam gerade aus dem Kinderhort und hörte mit mir den Schlussteil dieser Nachricht. Nach einer Weile fragte er: „Opa, was ist eigentlich unmoralisch? Ich sagte ihm, das, was Du gerade gehört hast, das ist es.“ Er verlangte natürlich dazu eine Erklärung.

„Die Gewerkschaft der Polizei tritt schon seit Jahren für eine gerechte Besoldung für die Landesbediensteten ein. Die Landesregierung kürzte vor nicht allzu langer Zeit die Beamtenegehälter. Versucht die Beihilfe zum Nachteil der Betroffenen zu kürzen. Verzichtet auf die Übernahme des ausgehandelten Ergebnisses für die Tarifangestellten auf die Beamten. Die Arbeitszeit im Lande Hessen für die Landesbediensteten (Beamte) ist die längste. „Einfacher ausgedrückt, die, die immer vernachlässigt wurden, sollen nun für die Landesregierung die Kohlen aus dem Feuer holen.“

Ich wollte meinen kleinen Enkel mit weiteren unglaublichen Geschichten nicht mehr belasten; denn auch er will zur Polizei. Das sind so Geschichten, die es nur bei uns gibt. Sie können seitenlange Protestschreiben ersetzen. **G. Lehmann**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

JUBILARE & STERBEFÄLLE

**40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Joachim Friedrich
Kreisgruppe Limburg-Weilburg
Wolfgang Denke-Otterbein
Winfried Brenneis
Kreisgruppe Vogelsberg

**50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Peter Rudolf
Kreisgruppe Vogelsberg

Klaus-Dieter Mauss
Hellmut Weix
Kreisgruppe PASt Baunatal

**60-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Josef Hensler
Kreisgruppe Vogelsberg

Es starben:

Volker Kipper
Kreisgruppe Wiesbaden
Günter Haase

Kreisgruppe Bergstraße
Walter Sippel
Bezirksgruppe Frankfurt

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



GdP-Forderungen zum Landeshaushalt

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Dieses wird in der Hauptaufgabe von der Polizei wahrgenommen und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus.

Mit Blick auf die jüngste Vergangenheit wurde der signifikante Stellenabbau bei der Polizei korrigiert und mit der Erhöhung der Einstellungszahlen begegnet.

Diese Maßnahme kann jedoch die erheblichen Personalvakanz bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei nicht vollumfänglich ausgleichen.

Die Festschreibung der Planstellen bei der Vollzugspolizei auf 13 905 Planstellen (inkl. 141 Planstellen als Ausgleich der beabsichtigten Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden) stellt einen willkürlichen Stellenkegel dar und wurde ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung so klassifiziert. Die Bemessung der benötigten vollzugspolizeilichen Stellen muss sich an den bestehenden Kriminalitätsformen sowie den immer signifikanteren Gefahren des internationalen Terrorismus ausrichten. Hinzu kommt die zu konstatierende „Flüchtlingspolitik“ der Bundesregierung, die die Bundesländer und damit die Polizeien der Länder vor immer neue Herausforderungen stellt. Wachsende Ausländerfeindlichkeit sowie zunehmende Anschlagereignisse auf Flüchtlingsunterkünfte sind bereits in diesem Jahr auf einem historischen Höchststand.

Für den Bereich der Vollzugspolizei fordert die GdP, als eine Mitgliedsgewerkschaft im DGB, deshalb die massive Erhöhung der Ausbildungsrate.

Es muss sichergestellt werden, dass alle Personalabgänge, seien es Pensionierungen, Kündigungen oder Nichtbestehen im Bachelorstudium, umgehend und damit im Verhältnis 1:1 durch Neueinstellungen ersetzt werden.

Der im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen festgeschriebene Stellenabbau von 1800 Stellen auch und gerade in der Polizeiverwaltung (147,5 Stellen) muss dringend korrigiert werden.

Zu bemängeln ist weiterhin, dass die im Zuge des ersten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes zu verzeichnende Erhöhung der Lebensarbeitszeit den besonderen Belastungen des Polizeiberufs mit seinen verschiedenen Facetten nicht gerecht wird. Der mit dieser Regelung eng korrelierende demografische (Negativ-)Trend innerhalb der Polizei setzt sich nicht nur fort, sondern schränkt die Zukunftsperspektiven, insbesondere die Aufstiegschancen und Beförderungsmöglichkeiten für alle Polizeibeschäftigten erheblich ein.

Die Mehrzahl der Vollzugsbeamtinnen und -beamten befindet sich in der Besoldungsgruppe A 10. Aufstiegschancen sind so gut wie keine vorhanden.

Das letzte Hebungsprogramm mit Schwerpunktsetzung auf Beförderungen in die Besoldungsgruppe A 10 hatte keine strukturellen Verbesserungen zur Folge. Schlimmer noch: im Eingangsamts A 10 werden Tausende von Polizeivollzugsbeamten dauerhaft perspektivisch keine Möglichkeit erhalten, ein berufliches Fortkommen mit den damit einhergehenden Beförderungen für sich in Anspruch nehmen zu können. Wir fordern ein Hebungsprogramm für die Polizei (auch der Fach- und Verwaltungsbeamten) mit den Schwerpunkten in den Besoldungsgruppen A 11, A 12 und A 13 (Ausschöpfung der Stellenplanobergrenze). Gleiches trifft auch für den höheren Polizeivollzugsdienst zu. Die tariflichen Eingruppierungen und Anpassungen an die ausgeübten Tätigkeiten dürfen nicht länger unter dem Rubrum der Schuldenbremse stehen.

Das Zulagenwesen darf in diesem Zusammenhang nicht länger abgekoppelt bleiben. Die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ), eine Erhöhung der gewährten Zulagen für besondere Tätigkeiten und Verwendungen, ebenso auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sind längst überfällig.

Die Polizeibeamten in Hessen haben die längste Wochenarbeitszeit aller vergleichbaren Polizeien der Länder und des Bundes. Die Zahl der Mehrarbeitsstunden steigt seit

Jahren an und befindet sich deutlich oberhalb der Grenze von drei Millionen Überstunden. Aber auch die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) mit den einhergehenden angesparten Stunden stellt die Polizei vor unlösbare Aufgaben. Ein einfaches Beispiel kann dies veranschaulichen: In 24 Monaten hat ein unter 50-jähriger Beamter für sechs Wochen Freizeitausgleich abgespart. Die Freizeitphasen müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden, wodurch diese wieder über Gebühr belastet werden. Es müssen dringend Regelungen geschaffen werden, die eine andere Art der Abgeltung der LAK-Stunden möglich macht. Wenn keine intelligente Lösung geschaffen wird, führt dies unweigerlich zum Personalkollaps beim Polizeivollzug.

Wir fordern für alle Polizeibeschäftigten wieder die 38,5-Std.-Woche, um den Folgen durch die permanent steigenden Einsatzbelastungen entgegenzuwirken. Als einen ersten Zwischenschritt könnte wir uns die sofortige Einführung der 40-Std.-Woche und analog zum TV-H die 38,5-Std.-Woche für den Wechselschichtdienst vorstellen.

Die durch die Verabschiedung des 2. DRModG festgestellten Benachteiligungen bei den Überleitungen in das neue Besoldungsrecht bedürfen einer dringenden Korrektur. Aber auch die höchstrichterlich festgestellte altersdiskriminierende Besoldungszahlung in den zurückliegenden Jahren muss dringend finanziell ausgeglichen werden.

Landesvorstand GdP Hessen



Belastungsgrenzen und Konsequenzen

Seit Jahren wurden und werden immer mehr **Belastungsgrenzen unserer Existenzbereiche überschritten. Ergebnisse sind sicht- und spürbar, alarmierend und schädigend. Konsequenzen fehlen, folgen oft erst spät und sind mitunter auch unwirksam.**

Vor 2000 Jahren lebten auf unserem Planeten etwa **250 Millionen** Menschen. Heute sind es schon **7500 Millionen: 30-mal mehr!** Sie beanspruchen entsprechend mehr Platz, Nahrung, Kleidung, Wohnraum, Existenzsicherheiten, Versorgung und Entsorgung, Verkehrsflächen und Verkehrsmittel. Immer mehr leben in Großstädten übereinandergestapelt dicht nebeneinander in Hochhäusern. Bodenflächen werden versiegelt. Viele Tiere und Pflanzen starben bereits aus. Wetterextreme, Stürme und Überschwemmungen beschäftigen Rettungskräfte immer öfter und länger. Wir verbrauchen mehr Ressourcen, als die Erde ersetzen kann. **Unser Planet leidet, und Menschen mit ihm.**

In Industriestaaten hat sich eine verschwenderische Lebensweise etabliert. Im und nach dem Krieg gab es nichts zum Wegwerfen. Heute wird erschreckend viel entsorgt. Vier Mülltonnen vor jedem Haus, die i. d. R. wöchentlich entleert werden. Was uns beunruhigt, zusetzt, viele erregt und krank macht, sind Sinnesüberreizungen, Überforderungen und Ungerechtigkeiten, Angst vor Überfremdung und Gewalt, besonders jedoch Konsequenzen aus änderungsbedürftigen politischen Entscheidungen.

Überbeanspruchte Duldsamkeit, Toleranz und Verständnisbereitschaft löst Abwehr- und Entlastungsverhalten aus und verleitet manche Zeitgenossen zu strafbaren Aktionen. Rundfunk, Fernsehen, Internet und Printmedien überfluten uns hauptsächlich mit Berichten über sensationelle Schadensereignisse. Gegensätzliche politische Bestrebungen führen zu Unverständnis und distanzierterem Verhalten gegenüber Staat und seinen „Machern“. Sobald Rechnungshof und Steuerzahlerbund jährlich die durch falsche Entscheidungen verschleuderten Steuergelder anprangern, stärkt das bei vielen Bürgern die Abneigung gegen staatliche Autoritäten und Einrichtungen. Un-

zufriedenheit, Wahlverweigerung, Demonstrationen und sinkendes Unrechtsbewusstsein sind sich häufende Reaktionen betroffener Bürger. Achtung vor Alter und Autoritäten bekommt Seltenheitswert. Seit Generationen bestehende Werte scheinen nur noch ältere Mitbürger zu kennen und zu achten.

Was Kulturkreise besonders prägt und belastet, sind verschiedenartige bis gegensätzliche Bedürfnisse, Prägungen und Interessen. Wo sie aufeinandertreffen, entstehen Spannungen, Konflikte und Abwehrreaktionen, die oft zu Straftaten eskalieren. Art und Zahl der Delikte, die polizeiliches Handeln erfordern, scheint sich jedes Jahr zu überbieten. Großveranstaltungen und Razzien, Einbruchsserien und Computerkriminalität, Verkehrsstaus und schwere Verkehrsunfälle, ausländerfeindliche Aktionen und Gewaltdelikte beanspruchen die Polizei personell und zeitlich weit mehr als früher.

Die Konsequenz der Natur tröstet schön über die Inkonsequenz der Menschen. J.W. von Goethe

Seit Kriegsende hat sich im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwungs auch für die Polizei einiges verbessert. Aber dienstlich ist vieles sicht-, spür- und nachweisbar schwieriger geworden. Weniger Wochenarbeitszeit, mehr Urlaubstage, bessere Ausbildung und Aufstiegschancen entsprachen der allgemeinen Entwicklung zu besseren Lebensbedingungen. Der vom Fortschritt und kulturellen Verflechtungen begleitende Werteverfall fordert die Polizei beweisbar bis über ihre Belastungsgrenzen. Brisanz erhält das Problem aktuell durch Konflikte, die in überfüllten Aufnahmelagern für Flüchtlinge zwangsläufig entstehen. Die zunehmende Personalknappheit droht der Sicherheit im Land zusätzlich zu schaden. Polizei selbst kann weder Ursachen verhindern noch die sicherheitsgefährdenden Folgen beseitigen. Nur dem Dienstherrn wäre es möglich, den sicherheitsgefährdenden Personalmangel aufzuheben.

Aus dem Dienst- und Treueverhältnis gegenüber den Dienstherrn resultiert der **Anspruch auf Fürsorge und Schutz**. Das berechtigt zu hoffen, dass der Dienstherr für mehr ausgebildete Polizisten sorgt, damit die Überstundenflut abebbt und überlastungsbedingte Dienstunfähigkeiten reduziert werden. Für eine Kulturgesellschaft ist es auch beschämend, dass früher geachtete Schutzleute Schutzhelm, Schutzschild und Schutzkleidung tragen müssen, um friedliche Bürger vor hemmungslos-aggressiven Zeitgenossen zu schützen.

In den letzten Jahrzehnten sind die Belastungen für die Polizei situativ, körperlich und zeitlich enorm gewachsen. Sie haben bedenkliche Ausmaße angenommen. Aufgaben für 147,5 gestrichene Angestelltenstellen müssen Beamte übernehmen. **3,5 Millionen Überstunden** und durchschnittlich **27 Ausfalltage** durch Dienstunfähigkeit bestätigen die Überlastung. Jeder Ausfall belastet noch Dienstfähige zusätzlich. Eigentlich erforderliche Aufgaben können wegen Kräftemangel nur unzureichend erfüllt werden. Vorbeugungserfolge und Ermittlungsergebnisse bleiben unbefriedigend. Für Ganoven ergeben sich daraus entsprechend vermehrt Aktionsraum und größere Erfolgchancen. Diese Sicherheitseinbuße reaktionslos hinzunehmen, kann sich eine zivilisierte Gesellschaft in einem Rechtsstaat eigentlich nicht leisten.

Sicherheit hat in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Wo aber das Volk durch Berichterstattung wiederholt zur Kenntnis nehmen muss, dass die Polizei unter Personalmangel und Überlastung leidet, wird es sich Volksvertreter wählen, die der Sicherheit höheren Stellenwert einräumen.

Das von der Innenministerkonferenz 1975 in Auftrag gegebene Gutachten der Saarbrücker Universität bestätigte, dass „**die Polizei eine „Einrichtung sui generis“** sei (nur durch sich selbst eine Klasse bildend, einzigartig und besonders), also mit nichts vergleichbar. Diese Sonderstellung wurde seither vielfach bewiesen, fand aber in den Dienstrechtsregeln keine angemessene Berücksichtigung.

Gerhard Kastl, im August 2015



Polizeidienstbekleidung in Deutschland

Unterschiede und Möglichkeiten für Hessen (Fortsetzung)

Wie in Teil 1 (u. a. erschienen im Landesteil Hessen der „Deutsche Polizei“, Ausgabe 9-2015) bereits einleitend erwähnt, sind die deutschen Polizeien mittlerweile größtenteils nicht mehr einheitlich uniformiert. Während die Einführung der blauen Uniform gerne auch mit dem Argument begründet wird, dass dies die Farbe der Polizei der meisten europäischen Länder sei und man sich daher „angleichen“ wollte, ist es paradox, dass man sich damit im gleichen Atemzug innerhalb Deutschlands von einer optisch relativ einheitlichen und deutlich assoziierbaren Polizeiuniform verabschiedet hat. Man kann also mit Fug und Recht behaupten, dass Fortschritt auch Rückschritt sein kann: haben sich die Innenminister der Länder vor gut 40 Jahren noch auf eine einheitliche Polizeiuniform einigen können, ist dies zu Zeiten der blauen Uniform größtenteils leider nicht mehr der Fall. Das Ergebnis lautet vielmehr die vermeintliche Angleichung innerhalb Europas, aber Zersplitterung innerhalb Deutschlands. Ein klarer Rückschritt.

Die dadurch entstandene Vielfalt bietet über unsere hessischen Grenzen hinaus jedoch innovative Einblicke die helfen könnten, unsere ei-

gene Dienstkleidung adäquat weiterzuentwickeln, um sie für den operativen Polizeidienst notwendigerweise funktionaler zu gestalten. Zumal es im Kollegenkreis auch immer wieder auf Unverständnis stößt, warum andere Länderpolizeien im Vergleich über bessere Bekleidungsstücke verfügen, die den Bediensteten in Hessen verwehrt bleiben. Das kann im Endeffekt nämlich nur bedeuten, dass in Hessen für die Polizei an Funktionalität nicht das geboten wird, was eigentlich möglich wäre. Das ist unverständlich.

An dieser Stelle sind die Meinungen und Erfahrungen jeder Uniformträgerin und jedes Uniformträgers von größter Bedeutung! Dieser Beitrag soll dazu ermutigen, Ideen und Verbesserungsvorschläge nicht unausgesprochen zu lassen, sondern an die Bekleidungskommission heranzutragen, um letztlich für alle Verbesserungen zu erreichen.



Kleidung Baden-Württemberg

besserer Erkennbarkeit, das Hoheitsabzeichen am Ärmel anzubringen und das Anbringen von Dienstgradabzeichen, praktischerweise als Stoffflaschen zu ermöglichen (näheres bzgl. der anstrengenswürdigen Stoffflaschenform siehe Teil 1). Dienstgradabzeichen an der Strickjacke sind bei der Polizei Thüringen, trotz Einführung des hessischen Uniformmodells, nicht nur Standard, sondern nebenbei wurde sogar im Bereich des am linken Ärmel angebrachten Hoheitsabzeichens ein praktisches Stiftfach mit mehreren Einschüben realisiert (Bild 1). Das ist bei der Verwendung von Überziehschutzwesten bei Oberbekleidung aus Gründen der Eigensicherung auch grundsätzlich sinnvoll.

So wurde dies beispielsweise auch bei der Uniform der Polizei Baden-Württemberg verwirklicht: Ein Ärmelstiftfach ist dort neben der Strickjacke sogar auch an den Hemden oder der Softshelljacke, welche dem hessischen Windbreaker entspricht, vorhanden (Bild 2).

Neben diesen praktischen Ergänzungen der Ausstattung ist beim Modell Thüringen zusätzlich festzustellen, dass diese Strickjacke ferner über nützliche links- und rechtsseitige Taschen verfügt sowie für deren Träger mit einem Bestellpreis von 46 € auch noch deutlich günstiger verfügbar ist, als die karge hessische ‚Light-Version‘, die bei den Bestellern mittlerweile mit 58,20 € zu Buche schlägt (Stand Oktober 2013).

Teil 2: Strickjacke/Pullover

Die Strickjacke wird, wie bei entsprechenden Witterungsverhältnissen immer wieder klarfestgestellt werden kann, als bloße Unterbekleidung nicht akzeptiert und auch in der Öffentlichkeit offen unter der Schutzweste getragen. Dieser Umstand kann für die Erkennbarkeit auf der Straße ein Problem darstellen, da das Hoheitsabzeichen durch die Schutzweste verdeckt wird. Hier stellt sich nun die berechtigte Frage, wenn gemäß der „Projektgruppe Uniform“ in Bezug auf die blaue Dienstbekleidung doch das Motto „Eine Uniform von der Polizei für Polizei“ Programm sein soll, warum dieses Bekleidungsstück nicht schon längst den tatsächlichen Bedürfnissen der Trägerschaft angepasst wurde. Das hieße konkret, in puncto



Strickjacke Thüringen



UNIFORM



Strickjacke Berlin

Kritiker könnten möglicherweise nun zu Recht einwerfen, dass ein Reißverschluss unter der Schutzweste bei Beschuss ein Problem darstellen könnte. Dies würde unter den genannten praktischen Gesichtspunkten allerdings die Abschaffung des Rundhalspullovers infrage stellen. Gestützt wird diese These auch von Beobachtungen aus dem polizeilichen Einzeldienst, in denen zur Streifenuniform das ebenfalls dienstliche gelieferte Einsatz-Sweatshirt getragen wird. Dies ist laut Dienstkleidungsvorschrift unzulässig und zudem eine optisch sehr ungelungene Kombination, aber faktisch ein klares Indiz dafür, dass Bedarf an einem streifenstauglichen Pullover besteht.

Denkbar wäre jedoch auch eine Überarbeitung der Strickjacke nach Berliner-Vorbild bzw. dem der Bundespolizei mit auffällig aufgebrachten Schriftzügen und reflektierenden Streifen zum Tragen über der Schutzweste (Bild 3).

Entsprechend der jetzigen Praxis ist das Hoheitsabzeichen frontal im linken Bereich, sogar unterhalb der Brust, anzubringen, trägt dieser Umstand allerdings auch im Innendienst nicht unbedingt zu einer besseren Erkennbarkeit bei, da es in Bezug auf eine Gesprächsführung nicht mehr im Bereich des üblichen Blickfeldes liegt. Beispielsweise sei hier auch der Bürgerkontakt auf einer Polizeiwache genannt, wo das Abzeichen selbst bei Beamten mit durchschnittlicher Körpergröße, hinter einem Wachtresen stehend, oft nicht mehr erkennbar ist oder in sitzender Position mit verschränkten bzw. allgemein vor dem Oberkörper positionierten

Händen/Unterarmen. Dies führt wiederum zu der Frage, wozu man dieses Bekleidungsstück in dieser Form also überhaupt benötigt bzw. warum es in dieser Form beschafft wurde, da das Wappen dadurch entbehrlich wird bzw. keinen Sinn mehr macht. Schließlich verleitet das Vorhandensein von Be-

kleidung mit Hoheitsabzeichen auf der Brustseite einige Beamten auch dazu Wappen mittels Klett an der Schutzweste zu befestigen. Dies mag zwar gut gemeint sein, sorgt letztlich jedoch zum einen dafür, dass das uniforme Erscheinungsbild leidet und die Uniform wie selbstgebastelt wirkt (aufgrund individueller Platzierung). Zum anderen wird dies in der Konsequenz dann oft zum Anlass genommen, die Schutzweste entgegen der Bekleidungs Vorschrift offen über Bekleidung ohne Ärmelabzeichen zu tragen.

Die Überarbeitung der Strickjacke, z. B. nach Thüringer oder Baden-Württemberger Vorbild, welches bis auf die realisierten Stifteinschübe oberhalb des Ärmelabzeichens so bislang auch ähnlich im Kooperationsland Rheinland-Pfalz zum Einsatz kommt, entspricht den vielfach beobachteten, tatsächlichen Wünschen und Bedürfnissen der hessischen Kolleginnen und Kollegen. Damit einhergehend wäre die Erkennbarkeit deutlich gesteigert. Wobei die Strickjacken von Berlin und der Bundespolizei mit aufgebrachten Schriftzügen dies sogar noch deutlich übertreffen. Dies betrifft ebenso

das Überdenken der Einführung eines analog neu vormals bei der grünen Uniform verfügbar und noch immer in blau bei der Bundespolizei vorhanden. Als Kompromiss aus beiden Bekleidungsstücken würde sich ein Troyer anbieten, wie er z. B. in Nordrhein-Westfalen vorhanden ist und bei den Kollegen dort auf Akzeptanz stößt (Bild 4).

Von dem Aufbringen von Hoheitsabzeichen auf der Brust sollte künftig abgesehen werden. Dass dies so einzig bei der Polizei Hessen praktiziert wird und die restlichen Bundesländer, inklusive der Bundespolizei oder anderer Behörden wie beispielsweise dem Zoll, davon Abstand nehmen bzw. genommen haben, sollte zum kritischen Hinterfragen der Sinnhaftigkeit bewegen und zu entsprechenden Rückschlüssen führen. Zumal mit der oft beobachteten individuellen Befestigung von Abzeichen auf der Schutzweste kein uniformes Erscheinungsbild mehr besteht und sich individuelle Vielfalt letztlich negativ auf die allgemeine Erkennbarkeit auswirkt.

Nils Döring

„166 Polizisten testen die neue Uniform“, 2005, erschienen in „Hessische Polizeirundschau“, Ausgabe 11/2005, HMdIS, Wiesbaden

Quelle: „Thüringer Polizei – LPD – SG 22 / Bekleidung“ sowie „Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW)“



Pullover NRW



Preisskat

Superpreise



Gewerkschaft der Polizei
- Kreisgruppe Mudra -

lädt alle

Kolleginnen und Kollegen ein

Superpreise

Wann ? : Mittwoch, 18.11.2015
ab 16:30 Uhr

Wo ? : ehemalige Kantine im Lehrsaalgebäude

Startgeld : 10,- € (incl. kleinem Imbiß)

Über eine rege Teilnahme freuen wir uns.

Ansprechpartner und Anmeldung bis zum **13.11.2015**

Tino Müller, 06134/602 6020

Egbert Host, 06134/602 1055

Monika Lauer, 0611/83 2322

TISCHTENNISTURNIER



Einladung zur 3. Hessischen GdP-Polizeiemeisterschaft am Dienstag,
den 8. Dezember 2015 in Fulda.

Meldungen/Infos: Die Mannschaftmeldungen bitten wir bis **Ende Oktober 2015**
abzugeben.

Meldeunterlagen und Informationen bei:

Thomas Scheunert

Polizeipräsidium Osthessen

Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

E-Mail: Thomas.Scheunert@polizei.hessen.de oder gdp.ppoh@polizei.hessen.de

Tel: 06 61/1 05-10 60

